

Beitrag des Fachausschusses EU-Angelegenheiten der SPD Berlin zum SPE-Kongress in Prag am 7. und 8. Dezember 2009

Trotz einer Zeit, in der das Ende des Neoliberalismus als vorherrschendes ökonomisches und politisches Leitbild durch die Ausmaße der Finanz- und Wirtschaftskrise bereits eingeläutet ist, profitiert die Sozialdemokratie hiervon bislang nicht. Die Europawahl im Juni 2009 brachte der SPE im Europäischen Parlament einen herben Verlust an Sitzen ein und quer über den Kontinent gibt es nur wenige nationale Wahlerfolge oder gar Regierungsbeteiligungen in der Parteienfamilie zu feiern.

Im festen Glauben daran, dass unsere Zeit und ihre Herausforderungen sozialdemokratischer Antworten bedürfen, müssen Europas Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Profil ihrer Parteien und der von ihnen transportierten Inhalte schärfen. Kein Mitgliedstaat der Europäischen Union wird allein fähig sein, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft in befriedigender Weise meistern zu können. Wo der Nationalstaat dem globalen Spiel der Marktkräfte keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies Europa tun. Die heutige EU muss dafür politischer und demokratischer werden. Der gerade in Kraft getretene Vertrag von Lissabon ist nur ein erster Schritt auf einem weiten Weg zur Vision einer föderalen europäischen Republik unter dem Leitbild einer politischen Union.

Der Kongress der SPE in Prag trägt die Verantwortung, dass sich diese sozialdemokratischen Forderungen an Europa in der inhaltlichen und organisatorischen Ausrichtung der Parteifamilie widerspiegeln. Die vorliegenden Resolutionsentwürfe wollen folgerichtig zum einen das inhaltliche Profil der SPE schärfen und die thematischen Prioritäten für die nächsten fünf Jahre bestimmen. Zum anderen werden die Gründe für den geringen Zulauf und die geringe Zustimmung zur Sozialdemokratie in ganz Europa analysiert und strukturelle und kampagnenrelevante Veränderungen für eine bessere Aufstellung der SPE als progressive gemeinsame Stimme der europäischen Sozialdemokraten in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts vorgeschlagen.

Der generellen Ausrichtung und Zielbestimmung der Resolutionen ist vor dem Hintergrund der oben beschriebenen aktuellen Lage der Sozialdemokratie in Europa zuzustimmen, an einzelnen Stellen ist jedoch eine Konkretisierung und Ausweitung der Aussagen notwendig.

1. Die geforderte neue Zehnjahresstrategie zur Ablösung der Lissabon-Agenda kann nicht auskommen ohne ein generelles Bekenntnis zur **Gleichgewichtigkeit von Wirtschaftswachstum, sozialer Sicherheit und ökologischer Verantwortung** als Ziele europäischer Politik. Eine vertiefte politische Koordinierung muss dies entsprechend abbilden und Dumpingprozessen in den Bereichen Löhnen, Steuern und Sozialausgaben aktiv entgegenzutreten. Die SPE sollte daher gemeinsame steuerliche Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuerraten zumindest für Unternehmenssteuern ebenso in ihr Programm aufnehmen, wie Mindestlöhne, die sich am ökonomischen Entwicklungsstand jedes einzelnen Mitgliedslandes der EU orientieren. In einem Europäischen Sozialen Stabilitätspakt, der auch symbolisch die Gleichrangigkeit ökonomischer und sozialer Integri-

on hervorhebt, sollen nationale Sozial- und Bildungsausgaben mit positivem Wirtschaftswachstum verknüpft werden. Die Ausweitung der Arbeitnehmerrechte ist als Vorbedingung für nachhaltiges und qualitativ hochwertiges Wirtschaften unerlässlich.

2. Der Vorschlag einer **europäischen Finanztransaktionssteuer** ist eine herausragende Initiative, mit der die Finanzbranche als Verursacher der aktuellen Krise zur Lastenteilung herangezogen würde. Die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer besitzt das Potenzial, aufgrund ihrer Aktualität eine der wichtigsten sozialdemokratischen Forderungen der nächsten Jahre zu werden. Dafür ist sie weiter zu konkretisieren. Sie sollte auf alle börslich und außerbörslich gehandelten Finanzprodukte erhoben werden und 0,1% des Transaktionsvolumens ausmachen. Damit sie auch auf Derivate und andere abgeleitete Finanzprodukte erhoben werden kann, besteht die Notwendigkeit zur Einrichtung einer europäischen Clearingplattform.
3. Der Abschnitt zum sozialen Europa bleibt unscharf im Resolutionsentwurf. Als Ziel der SPE ist die **Etablierung einer Europäischen Sozialunion** anzustreben, mit der eine neue Balance zwischen ökonomischer und sozialer Integration erreicht wird. Dazu gehört die Garantie, dass die Achtung sozialer Grund- und Arbeitnehmerrechte die gleiche Priorität besitzt wie die Durchsetzung der vier Binnenmarktfreiheiten. Neben dem Europäischen Sozialen Stabilitätspakt ist eine soziale Fortschrittsklausel in jedem Gesetzesvorhaben zu verankern und die Selbstverpflichtung aller Mitgliedstaaten zur Förderung von „guter Arbeit“ voranzutreiben. „Gute Arbeit“ achtet das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit überall in der EU, steht für Mindestlöhne und fördert die Arbeitnehmermitbestimmung und das Tarifvertragsrecht zur Stärkung der europäischen industriellen und wirtschaftlichen Demokratie.
4. Die organisatorische Stärkung der SPE als Partei aller europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird nur gelingen, wenn die Hinderungsgründe eines kollektiven Auftretens analysiert werden. Die Mitgliedsparteien der SPE müssen sich intensiv austauschen über die Vor- und Nachteile verschiedener Formen des Kapitalismus und der Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa sowie über differente strategische und inhaltliche Arbeitsschwerpunkte, Mitgliederstrukturen und historische Vermächtnisse ihrer Organisationen. Ziel eines solchen Prozesses soll die Identifizierung gemeinsamer Grundsätze und Überzeugungen in verschiedenen Politikfeldern sein. An seinem Ende könnte **das erste Grundsatzprogramm einer europäischen Parteifamilie** stehen, das eine sozialdemokratische Vision für die Zukunft der europäischen Integration enthält. Die SPE sollte hierfür einen europaweiten Konvent einrichten, in den Mitglieder aller Gremien innerhalb der Parteifamilie entsandt werden.
5. Im nächsten Europawahlkampf ist ein einheitlicheres Auftreten der sozialdemokratischen Parteien unter dem Dach der SPE nicht nur durch die Nominierung einer Kandidatin bzw. eines Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten und die Entwicklung eines SPE-Wahlmanifestes sicher zu stellen. In der Wahlkampagne ist darüber hinaus Wert darauf zu legen, dass sich die im Wahlmanifest formulierte **gemeinsame Programmatik im Sinne einheitlicher Programmbausteine** auch wörtlich in den jeweiligen nationalen Wahlprogrammen der Mitgliedsparteien wiederfindet.